



Gesuch um Einschreibung – Schuljahr 2012/2013

Einschreibetermin: 31.03.2012

Der Schüler/Die Schülerin _____

Steuernummer:

ersucht um Einschreibung

in die _____ Klasse der Fachschule für Hauswirtschaft und Ernährung Neumarkt

Fachrichtung _____

Daten des Schülers/der Schülerin

Der Schüler/Die Schülerin _____

geboren am _____ in _____

wohnhaft in _____, _____

PLZ, Wohnort

Straße, Platz, Nr.

Staatsbürgerschaft _____ Muttersprache _____

Bei ausländischer Staatsbürgerschaft Ankunftsyear in Italien _____

Tel. Nr./Mobiltelefon (für dringende Verständigung) _____

E-Mail _____

erklärt, dass er/sie im laufenden Schuljahr 2011/2012 die _____ Klasse der
_____ besucht.

Name der Schule

Daten der Eltern bzw. Erziehungsberechtigten

Vor- und Nachname des Vaters _____

geboren am _____ in _____

Steuernummer:

Vor- und Nachname (ledig) der Mutter _____

geboren am _____ in _____

Steuernummer:

Erziehungsberechtigt: (bitte Zutreffendes ankreuzen)

Beide Vater Mutter

Es wird beantragt, dass der Schüler/die Schülerin im Schülerheim untergebracht wird.

ja nein

Die Heimkosten werden gemäß dem geltenden Landestarif verrechnet.

Der Schüler/die Schülerin benötigt:

ABO+

Sonderdienst von _____ bis _____

Die Gesuchsformulare sind im Sekretariat erhältlich.

Der Schüler/die Schülerin sucht um Gewährung einer Studienbeihilfe an.

ja nein

Die Ansuchen um Gewährung einer Studienbeihilfe sind im Sekretariat erhältlich.

Verzicht auf den Religionsunterricht

ja nein

Die Verzichtserklärung kann ausschließlich bei der Einschreibung abgegeben werden, ist für ein Jahr gültig und muss zu Beginn eines jeden Schuljahres erneuert werden. Im Falle eines Verzichts auf den Religionsunterricht muss ein eigenes Formblatt angefordert, ausgefüllt und im Sekretariat abgegeben werden.

Der Schüler/die Schülerin hat Anrecht auf spezifische Maßnahmen laut LG Nr. 20/83.

ja nein

Entsprechende Dokumente (**Funktionsdiagnose, Funktionsbeschreibung, FEP**) sind von den Eltern bzw. Erziehungsberechtigten bei der Einschreibung abzugeben.

Einverständniserklärung zur Weitergabe von Daten

Die Erziehungsberechtigten und der Schüler/die Schülerin erklären sich damit einverstanden,

- dass Foto- bzw. Videoaufnahmen des Schülers/der Schülerin für Schulzwecke (Werbematerial, Broschüren, Homepage) verwendet werden dürfen

ja

nein

- dass die Anschrift des Schülers/der Schülerin an Mitarbeiter suchende Betriebe weitergegeben werden dürfen

ja

nein

Änderungen der personenbezogenen Daten sind dem Sekretariat umgehend schriftlich mitzuteilen.

Die Unterfertigten wissen, dass die **Einschreibung nur an einer Schule** erfolgen kann. Diese Einschreibung kann nur aus schwerwiegenden Gründen abgeändert werden. **Veränderungen während des Schuljahres (Schulwechsel, Heimunterbringung)** sind dem Sekretariat umgehend schriftlich mitzuteilen.

Sollten mehr Schüler/innen um eine Einschreibung ersuchen, als aufgenommen werden können, muss eine Auswahl vorgenommen werden: Schüler/innen und Eltern werden in diesem Fall rechtzeitig informiert.

Die Unterfertigten erklären sich damit einverstanden, dass die Schule die in dieser Ersatzerklärung enthaltenen Daten zu institutionellen Zwecken verwendet.

Unterschrift des Schülers/der Schülerin

Unterschrift der Eltern bzw. Erziehungsberechtigten

Datum

Mitteilung gemäß Datenschutzgesetz (Legislativdekret Nr. 196/2003)

Rechtsinhaber der Daten ist die Autonome Provinz Bozen. Die übermittelten Daten werden von der Landesverwaltung, auch in elektronischer Form, für die Erfordernisse der Landesgesetze Nr. 40/1992 und Nr. 2/2006, in geltender Fassung, verarbeitet. Verantwortlicher/Verantwortliche ist der Direktor/die Direktorin der Schule. Die Daten müssen bereitgestellt werden, um die angeforderten Verwaltungsaufgaben abwickeln zu können. Bei Verweigerung der erforderlichen Daten können die vorgebrachten Anforderungen oder Anträge nicht bearbeitet werden. Der/die Antragsteller/in erhält auf Anfrage laut den Artikel 7-10 des Legislativdekretes. Nr. 196/2003 Zugang zu seinen/ihren Daten, Auszüge und Auskunft darüber und kann deren Aktualisierung, Löschung, Anonymisierung oder Sperrung verlangen, sofern die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen.

Unwahre Erklärungen oder der Gebrauch von gefälschten Bescheinigungen werden gemäß Art. 46 und 76 des Legislativdekretes vom 28.12.2000, Nr. 443, strafrechtlich